

Bezugspreis:
Wöchentlich 85 Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutsch- land, Danzig, Saar- u. Rheingebiet, Ostpreußen, Litauen, Lettland, Est- land, 1,20 Goldmark, für das übrige Ausland 1,45 Goldmark pro Woche.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags- beilage „Voll und Zeit“ u. „Erziehung und Kleingarten“, sowie der Unter- haltungsbeilage „Spinnwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einpaatige Nonpareille- zeile 0,70 Goldmark, Kleinspalt 0,50 Goldmark, „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Gold- mark (ausführlich zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark, Stellengeld des ersten Wortes 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Familienanzeigen für Abonnenten je Zeile 0,20 Goldmark, Eine Goldmark — ein Dollar gestellt durch 4,28.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden- straße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kerniprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 22. Januar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Votischekonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Drosou-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Baldwin gestürzt.

Der Mißtrauensantrag mit 328 gegen 256 Stimmen angenommen.

London, 22. Januar, 12 Uhr 5 Min. nachts — 1 Uhr Berliner Zeit. (Eigener Drahtbericht.) Die Abstimmung über den von der Arbeiterpartei eingebrachten und von den Liberalen unterstützten Mißtrauensantrag ergab folgenden Resultat:

Für den Antrag . . . . . 328 Stimmen
Gegen den Antrag . . . . . 256

Damit war der Antrag angenommen und die Regierung Baldwin gestürzt. Die Opposition brach bei der Verkündung des Resultates in lebhaften Beifall aus.

In seiner Schlussrede vor der Abstimmung verteidigte Baldwin ein letztes Mal das Werk der Regierung. Er hob hervor, daß er die englisch-amerikanische Schuldenfrage geregelt hätte, er habe ferner während einer Zeit ärgster Schwierigkeiten die Entente mit Frankreich erhalten, den Vertrag mit der Türkei abgeschlossen und die Tangerfrage fruchtbar gelöst.

„Wir haben,“ fuhr er fort, „unsere Differenzen mit den Vereinigten Staaten in der Frage des Schmuggels der alkoholischen Getränke in praktischer Weise gelöst, und unsere Beziehungen zu Amerika sind jetzt auf beiden Ufern des Ozeans besser als zuvor. Obwohl niemand besser weiß als ich, wie viel noch in der Frage der Arbeitslosigkeit zu tun übrig bleibt, haben wir mehr darin getan als jede Regierung vor uns.“

Sodann rechtfertigte Baldwin sein Vorgehen bei den Neuwahlen, die er mit der Parole der Schutzölle angeschrieben habe, und erklärte, daß er und er allein dafür die Verantwortung trage, obwohl er von dem gesamten Kabinett unterstützt worden sei, als er damals an das Land appellierte.

Bezüglich der Haltung der Konservationen gegenüber der zu erwartenden Arbeiterregierung erklärte Baldwin, daß seine Partei

keine unfruchtbare oder gehässige Opposition

treiben werde, sondern als Oppositionspartei eine kritische Haltung gegenüber der gesetzgeberischen und verwaltungstechnischen Arbeit der Labour-Regierung einnehmen würde.

„Wir stehen auf dem Boden freier Grundbesitze, wie immer seit zwei Generationen, in denen wir besonders für die Sicherheit unseres Landes, die Entwicklung unseres Reiches und die Steigerung der Wohlfahrt unseres Volkes gewirkt haben. Wir passen diese Grundbesitze den wechselnden Bedürfnissen jeder Generation an.“

Nach Baldwin sprach

Ramsay MacDonald:

Ich hoffe und glaube, daß der Schritt, den das Haus im Begriff steht, zu unternehmen, als glücklich in der Geschichte dieses Landes verzeichnet bleiben wird. Hinsichtlich der auswärtigen Politik gebe ich zu, daß sich die Lage gebessert hat, aber ich behaupte, daß die Hauptaufgabe dieser Bessserung eben in der Aussicht auf einen Wechsel in der britischen Regierung lag.

Was die Sorgen vor dem Sozialismus anbetrifft, so erkläre ich,

daß, soweit diese Befürchtungen begründet sind, meine Partei ihr Bestes tun wird, um sie zu lindern und zu beseitigen.

Der Generalkassenschatz Sir Douglas Hogg sprach als letzter Redner und sagte hinsichtlich der auswärtigen Politik: Als die Regierung gegen die französische Ruhrinvasion protestierte, hatte sie die Wahl zwischen der Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen mit Frankreich und der Ausschließung auf eine spätere Lösung der Probleme oder einem Bruch mit Frankreich. Indem wir unsere freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich aufrechterhalten haben, haben wir das unmittelbare Ergebnis erzielt, daß wir in die Lage versetzt wurden, die Mitarbeit der Vereinigten Staaten herbeizuführen, so daß die Sachverständigenausschüsse eingesetzt werden konnten, die schließlich einen deutlichen Schritt auf dem Wege zur Lösung der Reparationsfrage bedeuten und Deutschland die Möglichkeit geben werden, seinen Etat wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

London, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das Unterhaus lehrte heute die Debatte über die Antwort des Parlaments auf die Thronrede fort. Sir John Simon, einer der Führer der Liberalen, erklärte, das wahre Ergebnis der allgemeinen Wahlen bedeute eine Herabsetzung des Protektionismus durch das Land, gleichzeitig aber das Befolgen nach einem neuen Geist in der Regierung. Er habe nicht die Absicht, Maßnahmen, die sich mit denen der liberalen Partei decken, lediglich deshalb die Unterstützung zu verweigern, weil sie von einer Arbeiterregierung vorgeschlagen werden. Dagegen würde er sich allen Maßnahmen widersetzen, die der liberalen Politik widersprechen, gleichviel, von wem sie ausgehen. Die Zeit allein werde zeigen, ob die neue Regierung Erfolg haben werde.

Sodann hielt Benjaffin Margaret Bondfield ihre erste Parlamentsrede und besprach hauptsächlich das Problem der Arbeitslosigkeit unter den Frauen.

Der erste Lord der Admiralsität Mer y machte darauf Angaben über das neue Flottenbauprogramm, mit dem die Regierung Baldwin der Arbeitslosigkeit in den Zentren der Schiffbauindustrie zu steuern gedachte. Er erklärte, daß alle leichten Kreuzer neueren Datums innerhalb der nächsten zwölf Jahre praktisch veraltet sein dürften. Um sie zu ersetzen, bzw. um die Kreuzerflotte Großbritanniens in einer solchen Stärke zu erhalten, daß sie allen Contingenten gewachsen wäre, würde es möglich sein, in den nächsten 10 Jahren 52 Kreuzer fertigzustellen, d. h. im Durchschnitt etwa fünf Kreuzer jährlich. Dieses gesamte Programm würde Arbeit für 32 000 Mann sichern, zugleich aber eine Mehrausgabe von 5 Millionen Pfund für den Marine-Voranschlag von 1924 bedeuten. Amey schloß mit den Worten: „Ich bin mir durchaus dessen bewußt, daß dieses Programm von der neuen Regierung geprüft werden muß, und ich nehme an, daß die Arbeiterpartei sich zu den Notwendigkeiten der Sicherheit auf See ebensowenig gleichgültig verhalten wird wie zu der ernststen und geradezu verzweifeltsten Lage in der Schiffbauindustrie. Ich hoffe daher, daß auch die Arbeiterregierung unsere Vorschläge baldigst und wohlwollend erwägen wird.“

und Landbürgermeister beschränkt worden. Viele von diesen haben anfänglich, und zwar ohne Beratung mit den Gemeinderäten, unterzeichnet, nun aber ihre Erklärung zurückgezogen.

Die Bauern in der Pfalz verhalten sich gegenüber politischen Angelegenheiten im allgemeinen gleichgültig und wünschen nur 9: Frieden und ohne die Gefahr einer Ausweisung zu leben. Dieser Teil der Bevölkerung würde, wie ich glaube, jede Erklärung jeder Regierung unterzeichnen, um in Frieden leben zu können. Die in einer Menge von Fällen unter Drohungen erlangte Unterzeichnung könne die Behauptung nicht rechtfertigen, daß die Mehrheit der Bauern der autonomen Regierung günstig gesinnt sei.

Der englische Eisenbahnerstreik.

London, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das Bild des englischen Eisenbahnverkehrs am ersten Tage des Lokomotivführerstreiks ist durchaus uneinheitlich. Obwohl von einer vollständigen Bahmliegung des Verkehrs nicht gesprochen werden kann, wird doch nur ein geringer Prozentsatz derjenigen Züge in Gang gehalten, die für den Notverkehr von den Gesellschaften in Aussicht genommen waren. Der große Rationalverband der Eisenbahner bezeichnet den Streik als ein „vollständiges Fiasko“. Dagegen läßt der Führer des streikenden Lokomotivführerbundes erklären, daß der Plan dahin gehe, viel weniger den Personenverkehr als den Güterverkehr zu treffen und damit den Eisenbahngesellschaften derartige finanzielle Verluste zuzufügen, daß sie in der Frage der Löhne bald nachgeben müßten. J. H. Thomas erklärte, daß bis auf sehr wenige Ausnahmen alle Mitglieder seines Verbandes ihren Führern, die belanständig den Streik bekämpfen, treugeblieben seien. Da der Eisenbahnerstreik nach den Londoner Vorzeichen größtenteils ruht, werden die nach den dortigen führenden Untergrund- und Autobuslinien gestärkt. Zur Sicherung des Postverkehrs mit dem Kontinent sind besondere Vereinbarungen mit den Flugzuggesellschaften getroffen worden.

Brauns gegen Luther.

Die Löhne in der Privatindustrie.

Der Reichsarbeitsminister hat auf das Schreiben des Reichsfinanzministeriums, das wir im gestrigen Abendblatt veröffentlichten, folgende Antwort erteilt:

„Von dem Inhalt Ihres Schreibens vom 14. Januar 1924 — I B 1138 — habe ich Kenntnis genommen. Ich verkenne keineswegs die Bedeutung der Lohn- und Gehaltszahlungen des Reichs und der Länder für die gesamte Lohngehaltung. Gleichwohl halte ich es nicht für möglich, einen allgemeinen Grundsatze des Inhalts aufzustellen, daß die Löhne und Gehälter der Privatindustrie über die Zahlungen der öffentlichen Arbeitgeber nicht hinausgehen dürfen. Die Löhne und Gehälter werden sich von den Lebenshaltungskosten absehen, stets in erster Linie nach den besonderen Verhältnissen und Möglichkeiten der einzelnen Industrie- und Gewerbegebiete richten müssen. Gerade in der augenblicklichen Zeit, wo auch nach Ihren Angaben die Bezüge der Staatsbediensteten leider unerwünscht niedrig sein müssen, würde es im höchsten Grade unbillig sein, die Arbeitnehmer solcher Erwerbszweige, bei denen derartige Notwendigkeiten nicht bestehen, schematisch auf diesem Lohn- und Gehaltsniveau festzuhalten. Ich würde auch ein derartiges Festhalten in größerem Umfange, als es die Lage der einzelnen Gewerbegebiete dringend verlangt, mit Rücksicht auf die Notwendigkeit einer möglichst großen Steigerung der Kaufkraft und ihrer Auswirkung für die Wiederbelebung der Wirtschaft nicht für erwünscht halten. Obgleich wird die Lohnhöhe derartig wichtiger Gruppen, wie sie die öffentlichen Arbeitnehmer darstellen, schon wegen ihrer starken Rückwirkung auf die Preisgestaltung, nicht ohne Einfluß auf das Lohnniveau privater Arbeitnehmergruppen sein. Diese Lohnhöhe kann aber nur eine der Tatsachen sein, die bei Lohnverhandlungen neben anderen wichtigen Umständen in Betracht kommen. Ich möchte annehmen, daß auch Sie Lohnunterschiede insoweit als berechtigt anerkennen, als sie durch die tatsächliche Verschiedenheit, wozu ich insbesondere auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Unternehmer rechnen, bedingt sind. Es kommt hinzu, daß den Arbeitern und Angestellten der öffentlichen Arbeitgeber gewisse soziale Vorteile gewährt sind, die anderen Arbeitnehmern regelmäßig nicht in gleichem Umfange zustehen, eine Tatsache, die bei der Lohnbemessung gleichfalls in Rücksicht gezogen werden muß.“

Für völlig ausgeschlossen erachte ich es, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes den Schlichtungsbehörden Grenzen für die von ihnen vorgeschlagenen Lohnsätze vorzuschreiben. Ich sehe die große Bedeutung der Schlichtungsbehörden und die stärkste Wurzel ihrer Autorität gerade in der Freiheit und Selbständigkeit ihrer sachlichen Stellungnahme. Die Schlichtungsbehörden haben meines Erachtens nicht die Aufgabe, eine behördlicherseits als wünschenswert anerkannte Lohngehaltung zwangsweise durchzusetzen, sondern die Verantwortung vorzunehmenden tariflichen Regelung ihrer Arbeitsbedingungen beihilflich zu sein. Daß sie dabei auf eine vernunftmäßige und im Interesse des Großen und Ganzen liegende Regelung hinwirken werden, ist selbstverständlich. Die Schlichtungsbeschlüsse im übrigen durch Abstimmung der Beteiligten zustande und es ist nicht ersichtlich, wie die Beifugung zu einer den Vorschlägen des Reichsfinanzministeriums entsprechenden Stimmgabe gebracht werden sollten.“

Ich werde hiernach zwar noch wie vor bemüht sein, auf eine einheitliche, den Interessen der Gesamtheit Rechnung tragende Lohnpolitik hinzuwirken und den Schlichtungsbehörden das erforderliche Material für die richtige Beurteilung der Gesamtlage zugehen lassen, halte aber eine Bindung der Schlichtungsbehörden durch eine Art „Sperrgesetz“ für unvereinbar mit der Freiheit des Tarifvertrags und der Eigenart des Schlichtungswesens.“

Der Reichsarbeitsminister rückt also jetzt vom Reichsfinanzminister ab. Weniger konnte er kaum tun. Selbst die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ des Herrn Stinnes und der „Tag“ des Herrn Hugenberg, sonst doch die lautesten Rufen nach dem Lohnabbau, finden, daß der Reichsfinanzminister mit seiner Forderung, die Löhne in der Privatindustrie eventuell durch Zwangsschiedsprüche mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes auf das Hungerniveau der Beamten, Angestellten und Arbeiter der öffentlichen Betriebe hinabzubringen, doch das Maß des Möglichen überschreite.

Gewiß würden die Scharfmacher im Unternehmerlager durchaus nichts dagegen haben, wenn die Löhne der Arbeiter und Angestellten so niedrig bemessen würden, wie die der im Reich, den Ländern und Gemeinden Beschäftigten. Versucht haben sie es und sie versuchen es noch, wie sie es ja sind, die der Reichsregierung die Marschroute für ihre Lohnpolitik gaben.

Aber die Unternehmer haben inzwischen feststellen müssen, daß die Arbeitererschaft keineswegs bereit ist, die Suppe so heiß zu essen, wie sie die Unternehmer gekocht haben. Mit den Beamten, die in verschiedenen Gruppen gespalten sind, wovon die Mehrheit noch immer nicht begriffen hat, daß sie mit der gewerkschaftlich organisierten Arbeitererschaft eine Ein-

England und die Pfalz.

London, 21. Januar. (W.T.B.) Im Unterhaus verlas der Unterstaatssekretär des Äußern, Ronald Mc Keill, ein langes Telegramm des englischen Generalkonsuls Glive, worin dieser die Ergebnisse seiner fünftägigen Untersuchungen in der Pfalz mitteilte. Das Telegramm hat folgenden Wortlaut:

Nachdem ich fünf Tage darauf verwendet hatte, die Ansichten der Bevölkerung jeder Klasse und jeder Partei in der Pfalz zu vernehmen, bin ich zu dem allgemeinen Schlusse gelangt: 1. die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung steht der autonomen Regierung feindlich gegenüber; 2. diese Regierung hätte niemals ohne französische Unterstützung in Erscheinung treten können und würde sofort vertrieben werden, sobald die französische Unterstützung aufhört; 3. nach einem Zugeständnis von Sten, der das nominelle Haupt der Regierung ist, sind 75 Proz. der Separatisten von außerhalb der Pfalz gekommen; sie umfassen unzweifelhaft zahlreiche Vorbefristete und Männer, die gänzlich unerfahren sind in den Geschäften einer Regierung; 4. die katholische und die protestantische Kirche, die amtlichen Kreise und die Mehrheit der Bevölkerung in den großen Städten weisen den Gedanken einer Loslösung von Bayern zurück; 5. ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung, obwohl gleichgültig gegenüber der Frage einer Loslösung von Bayern, sieht einer Abtrennung vom Reich feindlich gegenüber; 6. in bestimmten Klassen der Bevölkerung, namentlich unter den Bauern und unter den sozialistischen Arbeitern besteht Reue für die Schaffung eines rheinischen Staates unter Einfluß der Pfalz, der politisch unabhängig, aber wirtschaftlich mit dem Reich verbunden sein sollte. Dieser Teil der Bevölkerung fürchtet eine millitärische Politik von Berlin und von München; 7. unter den Bauern und Arbeitern herrscht eine starke Kriegsmüdigkeit und der Wunsch nach Frieden um jeden Preis; 8. die Loyalitäts-erklärung ist in allen Teilen zurückgewiesen worden. Die Erklärung war auf Bauern, andere Grundeigentümer



## Neuwahl der Berliner Stadtverordneten.

Der Gemeindevorstand des Preussischen Landtags beriet am Montag über den Antrag Girsch (Soz.) betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung des Wahltages für die allgemeinen Gemeindevahlen und über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindevahlrechts (Wahltaggesetz). Im Dezember hatte das Plenum des Landtags bereits beschlossen, daß die Gemeindevahlen spätestens am 4. Mai 1924 stattfinden sollen. Auf Antrag der Deutschen Nationalen beschloß der Ausschuss gegen Sozialdemokraten und Demokraten, daß auch die Wahlen in Berlin einschließlich der Bezirksämter und die Wahlen für die unbesetzten Magistratsmitglieder und Bezirksamtmitglieder am gleichen Tage vorgenommen werden sollen. Damit fällt die bisherige Ausnahmebestimmung der Stadt Berlin fort.

## Das sächsische Volksbegehren.

Dresden, 21. Januar. (Tl.) Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit:

Nach § 1 Abs. II des Gesetzes über Volksbegehren und Volksentscheid vom 8. März 1921 kann das Gesamtministerium bei einem Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens von der Beibringung der Unterschriften von 1000 Stimmberechtigten absehen, wenn der Vorstand einer Vereinigung den Antrag stellt und glaubhaft macht, daß 20 000 ihrer stimmberechtigten Mitglieder den Antrag unterstützen. Der vom Landesarbeitsausschuss der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Sachsens am 4. d. M. gestellte Antrag auf Zulassung eines Volksentscheids über Auflösung des Landtages läßt es zweifelhaft erscheinen, ob dieser Antrag den gesetzlichen Voraussetzungen entspricht. Der Landesarbeitsausschuss ist deshalb aufgefordert worden, den Nachweis zu führen, daß er die Eigenschaft des Vorstandes seiner Vereinigung im Sinne des Gesetzes besitzt.

## Der Helfer Thormanns.

Fabrikbesitzer Dr. Grandel.

Der in Augsburg verhaftete Helfershelfer des in Verbindung mit dem Attentatsplan auf General v. Seeck verhafteten Thormann ist in Berlin eingetroffen und sofort dem Untersuchungsgefängnis Moabit zugeführt worden. Es handelt sich um den Fabrikbesitzer Dr. Georg Grandel aus Augsburg, der dort in der deutschsozialistischen Bewegung eine große Rolle spielt und dessen Festnahme in Augsburg außerordentliches Aufsehen erregt hat. Grandel ist noch im Laufe des gestrigen Tages dem Untersuchungsrichter vorgeführt und einem Verhör unterzogen worden. Soweit bisher festgestellt ist, ist Dr. Grandel im allgemeinen geständig, an dem Attentatsplan gegen den Oberbefehlshaber beteiligt gewesen zu sein. Welcher Art seine Verbindung mit Thormann gewesen ist und welche Rolle bei beiden mitspielt, läßt sich noch nicht übersehen. Insbesondere ist noch Aufklärung über die Frage notwendig, aus welchem (1) der verschiedenen rechtsradikalen Lager Grandel eigentlich stammt. Sollte es sich bewahrheiten, daß er Nationalsozialist, also Anhänger von Hitler ist, dann wäre bei dem bekannten Gegensatz zwischen der Richtung Ehrhardt und den Hitler-Leuten kaum noch mit der Annahme zu rechnen, daß es sich bei dem Attentatsplan um das Vorhaben von Angehörigen der Organisation C. gehandelt hat. Vielmehr dürften dann die Urheber des Planes in anderen rechtsradikalen Richtungen zu suchen sein, die eher Hitler nahestehen. Es ist zu erwarten, daß die Untersuchung über alle diese Fragen die notwendige Klarheit bringen und auch einiges

### Nicht über die Hintermänner

schaffen wird, die die Fäden der ganzen Verschwörung in der Hand hatten. In Berlin ist Dr. Grandel übrigens unter dem Namen „Günther“ ausgetreten, ein Pseudonym, das er auch in den Besprechungen mit den beiden Herren beibehalten hat, die das Vorhaben Grandels und Thormanns zur Angelegenheit gemacht haben. In diesem Zusammenhang sei die interessante Feststellung gemacht, daß gerade diese beiden Persönlichkeiten, die Herren D. und C., in der Mordsache Parahim, die demnächst vor dem Staatsgerichtshof zur Verhandlung kommen dürfte, mit unter der Anklage der Begünstigung stehen.

## Die Organisation des Steuerbetrugs.

Die schönen Tage der Inflationsgewinne sind dahin, jetzt gilt es Sanierungsgewinne zu machen! Das ist die Devise des Schieberturns. In der Inflationszeit war die Valuta die große Domäne, in der Sanierungszeit sollen es die Steuern werden. Deshalb schicken die Revisionen- und Treuhandgesellschaften, die Buchführungs- und Steuerberatungsstellen wie Pilze aus der Erde, alle nur mit dem Bestreben, aus der großen Steueraktion, die jetzt das Reich für seine Sanierung eingeleitet hat, ein Geschäft größten Stils zu machen. Leider hat die Regierung diese Buchführungsstellen usw. im Anfang unterstützt. Sie glaubte auf diesem Wege zu rechnungsmäßigen Unterlagen für die Steuerveranlagung zu gelangen und erkannte nicht, daß sie damit Leuten die Hand bot, deren Gewinn suchte vor dem verworrensten Mittel nicht zurückschreckt.

Angesichts der Umstellung der Steuern auf Goldmark und der damit verbundenen Auffüllung von Goldmarkbilanzen entwickeln diese Stellen eine besondere Rührigkeit. Wie frech und schamlos sie dabei zu Werke gehen, zeigt ein „persönliches“ Rundschreiben der „Hermes“ Steuerbearbeitungs-, Revisionen- und Treuhand-Gesellschaft Chemnitz, Nr. 10, vom 24. Dezember 1923. Es heißt darin:

„Beim bei der Auffüllung der Goldmarkbilanz nicht raffiniert verfahren wird, so werden dem Steuerpflichtigen für das kommende Jahr außerordentliche Nachteile erwachsen. Wer also jetzt den Zeitpunkt verläßt, läuft Gefahr, im Laufe des Jahres totgesteuert zu werden.“

„Es ist Tatsache, daß von 100 Geschäften 99 zuviel versteuern — aber wir sind in der Lage, für unsere gesamte Kundenschaft von der Aktiengesellschaft bis zum kleinsten Handwerker die Buchführung zu übernehmen, um damit schon bei jeder Einzelschuldung steuerliche Vorteile wahrnehmen zu können.“

Das ist eine Steuerverheugung, die an Landesverrat grenzt. Erst jagt man den Leuten den Schreck in die Glieder, sie könnten totgesteuert werden, während bei unserer bürgerlichen Regierung nicht einmal die „Gefahr“ besteht, daß die Unternehmer auch nur ebenso bestraft werden wie die Arbeiter. Dann redet man ihnen vor, alle Geschäfte hätten bisher zuviel Steuern bezahlt, während sie tatsächlich nur einen Teil von dem zahlten, was sie hätten leisten müssen. Und dann preißt man sich an, die Buchführung von vornherein auf Steuerhinterziehung einzurichten. Das ist organisierter Steuerbetrug, gegen den die Regierung unverzüglich vorgehen muß. Die Steuerreformverordnung des Reichspräsidenten vom 8. September 1923 gibt ihr die Möglichkeit dazu. Legt sie diesen schamlosen Steuergewinnlern nicht schnell und gründlich das Handwerk, so werden diese ihr bald die Sorge abgenommen haben, von den Besitzenden Steuern zu erheben.

## Der Reichsausschuss des Zentrums.

Der Reichsausschuss der Deutschen Zentrumspartei setzte am Montag seine Beratungen fort. Zu Beginn der Sitzung erstattete Prälat Dr. Schöfer Bericht über die Aufgaben der Partei. Nach der Aussprache wurde eine Vertrauensumgebung für die Reichstagsfraktion angenommen, in der es u. a. heißt:

Durch den Krieg und den Versailler Friedensvertrag ist die deutsche Wirtschaft sehr geschwächt worden. Der große Mangel an Produktion und Lebensnotwendigkeiten aller Art ist nur auf dem Wege einer vermehrten Produktion zu beheben. Neben die Verbesserung der Organisationen, der technischen und wissenschaftlichen Betriebsführung muß eine erhöhte Arbeitsleistung treten. Der Reichsausschuss begrüßt, daß weite Arbeitnehmerkreise, insbesondere die christlich-nationale Arbeitnehmer-schaft bereit ist, dieser Lebensnotwendigkeit unseres Volkes Rechnung zu tragen. Die Zentrumspartei steht auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft und verlangt daher die Lösung der Frage der Mehrleistung und der Lohnfestsetzung auf dem Wege der Verhandlung aller Beteiligten. Eine eventuelle Mehrarbeit ist auf die Dauer nur zu erreichen, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit und eine ausreichende Entlohnung verständigen. Diesen Gedanken der Verständigung hat auch das staatliche Schlichtungswesen zu dienen. Eine durch die Wettbewerbsverhältnisse nicht gerechtfertigte gebräuchliche Entlohnung liegt ebensowenig im Interesse der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer. Nur bei einer langfristigen Arbeitnehmerschaft kann die nationale Wirtschaft gedeihen.

In einer weiteren Entschliessung spricht der Reichsausschuss die Erwartung aus, daß die Reichsregierung kein Verbot der Hypothekenzuweisung erläßt.

In einer dritten Resolution werden infolge des eingetretenen weitgehenden Stillstandes in der Wirtschaft und der dadurch bedingten Arbeitslosigkeit durchgreifende Maßnahmen der Regierung gefordert. Ein längeres Andauern dieses Zustandes müsse innerpolitisch und dadurch auch außenpolitisch von den unheilvollsten Folgen werden. Nachdem durch die Stabilisierung der Währung und die verständnisvolle Haltung weiter Kreise der Arbeiterschaft, insbesondere auch der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in der Frage der Arbeitslosigkeit wichtige Voraussetzungen zur Wiederinsandsetzung der Wirtschaft geschaffen seien, müßten weitere Hindernisse mit starker Hand ausgeräumt werden. In erster Linie sei eine Neuordnung des Kreditwesens, verbunden mit einer Erleichterung der Zins- und Kreditbedingungen, für den weiteren Preisabbau und die Hebung der Wirtschaft sei ein durchgreifendes Anpassen der Frachten an die Bedürfnisse der Wirtschaft Voraussetzung. Besondere Fürsorge müsse der Hebung der Bauwirtschaft zugewandt werden. Die erforderlichen Kredite seien evtl. unter Heranziehung des mit größtmöglicher Beschleunigung von der Zwangswirtschaft zu befreienden Hausbesitzes zur Rentenmarktbefreiung bereitzustellen. Bei Abbau des Wohnungszwanges seien die Lohn- und Gehaltsverhältnisse entsprechend zu berücksichtigen.

Eine weitere Resolution fordert die Bildung einer drei- bis fünfgleitigen Kommission für außenpolitische Angelegenheiten. Dieser Ausschuss solle sich auch über den Stand der Personalknappheit im Reichsaussendienst auf dem laufenden halten. Ferner wird gefordert, daß die Preise der landwirtschaftlichen Bedarfsartikel in Einklang gebracht werden mit den Preisen der landwirtschaftlichen Produkte.

Der Reichsausschuss spricht schließlich die Erwartung aus, daß mit Rücksicht auf die bedrückte Lage des Westens, kein Zentrumsmitglied einen Antrag auf Volksabstimmung nach § 18 der Reichsverfassung in irgendeinem Landesteile unterläßt.

## Die Regulierung des Art. 48.

Forderung eines Gesetzes über den Ausnahmezustand.

Das Deutsche Friedenspartei hat an den Reichstag den Antrag auf schnellen Erlass eines Gesetzes über den Ausnahmezustand gerichtet. Der Hauptinhalt der Eingabe, zu der Senatspräsident Freymuth eine Denkschrift ausgearbeitet, ist folgender:

In Art. 48 der Reichsverfassung ist dem Reichspräsidenten und in gewissen Fällen den Landesregierungen ein fast schrankenloses Recht zur Erklärung des Ausnahmezustandes gegeben worden. In Abs. 5 des Artikels ist ausdrücklich vorgesehen, daß das Nähere in einem besonderen Reichsgesetz festgelegt werden soll. Die Dringlichkeit dieses Ausnahmegesetzes ist bereits in der verfassunggebenden Nationalversammlung 1919 anerkannt worden. Das landesrechtliche Ausnahmerecht ist in Bayern in einer Reihe von Fällen in der schwersten Weise mißbraucht und gegen das Reich angewandt worden. Der schlimmste Fall ist der, in dem Bayern den von der Reichsregierung abgelehnten General v. Lossow, als dieser sich dem Befehl nicht fügte, einfach als bayerischer Oberbefehlshaber verpflichtet hat. Der bayerische Ministerpräsident v. Knilling hat in einer öffentlichen Sitzung des Bayerischen Landtages bei einer früheren Gelegenheit von dem Notwehrrecht Bayerns gegenüber dem Reich gesprochen. Auch die Handhabung des Ausnahmezustandes durch den Reichspräsidenten unterliegt den schwersten Bedenken, so namentlich die Absetzung von verfassungsgemäß ins Amt gekommenen Ministern in Sachen, die Befreiung von Beamten, das zeitweise Verbot der Tagung des Landtages in Sachen. Dazu kommt, daß der Reichspräsident eine Reihe von Verordnungen rein wirtschaftlicher, steuerlicher und staatsprozessualer Natur erlassen hat, obwohl diese sich unter den Begriff der Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, so wie es Art. 48 der Reichsverfassung vorschreibt, in Wahrheit nicht bringen lassen. Besonders beschämend ist, daß die im kaiserlichen Deutschland durch das Gesetz vom 4. Dezember 1916 zum Schutze der Verfassungen eingeführte Beschwerde nach dem neuen republikanischen Recht des Art. 48 nicht besteht und erst durch eine Sondervorschrift des Reichspräsidenten vom 23. Dezember 1923, aber auch nur für die Dauer des jetzt geltenden Ausnahmezustandes eingeführt worden ist. Gefordert wird als Grundgedanken für das neue Gesetz: Befreiung oder mindestens allerhöchste Einschränkung der Befugnis der Länder zur Erklärung des Ausnahmezustandes, scharfe Umgrenzung der Befugnisse des Reichspräsidenten unter starker Erhöhung der Sicherheiten für den einzelnen sowie für Verbände (Bereine) und Versammlungen, gesetzlicher Verbot der Übertragung der vollziehenden Gewalt an die Militärbehörde.

## Der Zwiespalt bei den russischen Kommunisten

Sieg der Parteibureaucratie über die Opposition.

Moskau, 21. Januar. (Wiedergabe der Russ. Telegraphen-Agentur.) Gestern wurde die Konferenz der kommunistischen Partei der Sowjetunion geschlossen. Die in der vierten Sitzung fortgeführten Debatten über Organisationsfragen zeigten nicht mehr jene Leidenschaftlichkeit, die die der Konferenz vorangegangene Diskussion auszeichnete, da die Opposition Stalins Richtlinien nichts Grundlegendes gegenüberzustellen vermochte. Kadek warnte die siegreiche Mehrheit vor

einer übertriebenen Schärfe gegenüber der besiegten Minderheit. Troobraschenki drückte die Ueberzeugung aus, daß die Meinungsverschiedenheiten nach der Durchführung der beiden Resolutionen des Zentralkomitees aufhören würden, mit denen die Opposition grundsätzlich einverstanden ist. Die Resolution des Zentralkomitees enthält folgende Formel über die Demokratie: Die Arbeiterdemokratie bedeutet eine freie und offene Behandlung der wichtigsten Fragen des Parteilebens durch alle Parteimitglieder, Diskussionsfreiheit, Wählbarkeit der Funktionäre von unten nach oben, steht aber keineswegs eine freie Gruppenbildung voraus, welche mit den Organisationsgrundsätzen der kommunistischen Partei unvereinbar ist.

## Wahltaktik der französischen Sozialisten.

Paris, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Kongress der sozialistischen Verbände des Seine-Departements, der sich in der vergangenen Woche mit der Vorbereitung des Parteitages von Marseille und mit der Frage der Wahltaktik beschäftigte, hatte eine Kommission zur Sichtung und Bearbeitung der für dieses Thema eingehenden Resolutionen eingesetzt. Das Ergebnis der eingehenden Beratungen dieser Kommission ist, daß dem am nächsten Sonntag erneut zusammentretenden Kongress nunmehr zwei Resolutionen unterbreitet werden. Die eine, die die Mehrheit der Kommissionsmitglieder auf sich vereinigt hat, stellt ein Kompromiß zwischen den von Leon Blum, Braque, Jpromski vertretenen Thejen dar. Sie erklären, daß die sozialistische Partei dem nationalen Block unter keinen Umständen zustimmen dürfe, die Prämien zugunsten der Mehrheit für sich auszunutzen, und daß deshalb Bündnisse mit anderen Arbeiterparteien oder aber mit Kandidaten anderer Parteien nicht zu umgehen seien, unter der Bedingung jedoch, daß sie sich ausdrücklich verpflichten, auf außenpolitischem Gebiete jede Gewalt- und Zwangspolitik, auf innerpolitischem Gebiete jeden Angriff auf die bürgerlichen Freiheiten und die Rechte der Arbeiter zu bekämpfen. Die Resolution beantragt außerdem, daß es sich dabei jedoch nur um Ausnahmefälle handeln könne, die der besonderen Zustimmung der Kontrollkommission der Partei bedürfen, und bestimmt ferner den auf die Dauer des Wahlkampfes beschränkten zeitlichen Charakter der Koalitionen. Die Resolution der Minderheit, die den Abgeordneten Maurontes zum Verfasser hat, spricht sich im Gegensatz dazu zugunsten eines sehr weitgehenden Bündnisses mit anderen, auf „demokratischer und antiklerikaler Grundlage stehender Parteien“ aus, die evtl. über die Wahl hinaus die Basis für ein Zusammengehen bilden könnten.

## Schachts Pariser Besprechungen.

Paris, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Besprechung zwischen dem Präsidenten Dr. Schacht und dem Sachverständigenausschuss der Reparationskommission hat am Montagmorgen um 3 Uhr begonnen und drei Stunden gedauert. Der Sachverständigenausschuss hatte dem Reichsbankpräsidenten bereits am Sonntag einen Fragebogen überreicht, der von ihm am Montagmorgen in einem zweifelhafte Zusammenhängenden Epöde beantwortet wurde. Die gemündeten Auskünfte bezogen sich auf die in Aussicht genommene Gründung einer Goldbank, auf die augenblickliche finanzielle Lage Deutschlands, die Organisation der Rentenbank und die damit zusammenhängenden Währungsprobleme. An das Epöde schloß sich eine freie Aussprache an, die gleichfalls rein technischen Charakter hatte. Der offiziellen Sitzung war von 2 bis 3 Uhr eine unverbindliche Aussprache zwischen einigen der Mitglieder des Ausschusses und Dr. Schacht vorgezogen. Der stellvertretende Vorsitzende der Reparationskommission Dr. Reyer wohnte dieser Besprechung bei.

Die Meldung, daß auch der ehemalige Staatssekretär Bergmann an der Sitzung teilgenommen habe, ist unrichtig. Herr Bergmann weist zwar auf ausdrücklichen Wunsch des Sachverständigenausschusses in Paris, keine Anwesenheit steht aber in keinem Zusammenhang mit der offiziellen Mission Dr. Schachts, der übrigens am Dienstag früh um 10 Uhr eine Konferenz mit beiden Sachverständigenausschüssen haben wird.

## Der Kampf gegen die Kapitalflucht.

Eröffnung des zweiten Sachverständigenausschusses.

Paris, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der zweite Sachverständigenausschuss, der die Ermittlung aller ins Ausland geflüchteten deutschen Kapitalien zur Aufgabe hat, ist Montag mittags zu einer konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Barthou, der Vorsitzende der Reparationskommission, sollte in seiner Begrüßungsansprache zunächst der Tätigkeit des ersten Komitees und der Energie seines Vorsitzenden rückhaltlose Anerkennung. Die Frage nach der Höhe der heute im Ausland angelegten deutschen Kapitalien, führte er weiter aus, sei leichter gestellt als beantwortet, aber sie müsse unter allen Umständen in Angriff genommen werden. Die deutsche Regierung habe diese Flucht deutscher Vermögenswerte ins Ausland zum Schaden der deutschen Finanzen und der deutschen Währung niemals in Frage gestellt. Sie habe selbst eine Reihe gesetzlicher und administrativer Maßnahmen dagegen getroffen, denen jedoch ein Erfolg nicht beschieden gewesen sei. Mac Kenna, der englische Vertreter in dem Komitee, habe selbst im Dezember 1922 den Gesamtbetrag der im Ausland in Form von Depots angelegten deutschen Vermögenswerte auf eine Milliarde Dollar geschätzt und deren Ausbarmachung zugunsten der Reparationen angeregt. Die deutsche Regierung habe durch den Mund ihres autorisierten Vertreters zu wiederholten Malen zugesagt, daß sie alle Bemühungen, diese Kapitalien nach Deutschland zurückzuführen, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen werde. Barthou wandte sich zum Schluß an Mac Kenna mit der Bitte, den Vorsitz des Komitees zu übernehmen. Dieser Bitte wurde entsprochen.

## Die französische Verkehrsblockade.

London, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Regie hat gegen die britischen Behörden im besetzten Gebiet eine Blockade verhängt. Diese Tatsache hat in England allgemeine Erbitterung hervorgerufen. Der „Daily Herald“ schreibt, daß die englisch-französischen Beziehungen im Rheinland einen Punkt erreicht haben, an dem sie von den beiden Regierungen selbst in die Hand genommen werden müssen, wenn man eine wirklich gefährliche Lage aus der Welt schaffen wolle. Der „Daily Telegraph“ weist ebenfalls auf den Ernst der Lage hin und unterstreicht das Verlangen der französisch-belgischen Eisenbahngesellschaft. Die Morgen- und Abendblätter bezeichnen die von der Regie erlassenen Maßnahmen als Versuch einer Blockade der englischen Besatzungszone. General Maurice äußert in den „Daily News“, daß die betreffenden Erlasse der Regie offensichtlich auf eigene Faust und nicht mit Zustimmung der französischen und belgischen Regierung herausgegeben wurden. Jedenfalls müsse die englische Regierung auf paritätische Verhandlung des Güterverkehrs in allen Zonen drängen.

Der finnische Reichstag ist aufgelöst worden. Die Neuwahlen wurden auf den 1. April festgesetzt.

# Gewerkschaftsbewegung

## Der Reichsverkehrsminister gegen den Achtstundentag.

Die Arbeitszeit der Eisenbahner ist, soweit die Arbeiter in Frage kommen, durch Reichslohnvertrag und soweit das Personal des Betriebs- und Verkehrsdienstes in Betracht kommt, durch die seinerzeit mit den Spitzenorganisationen vereinbarten vorläufigen Dienstbauvorschriften vom 5. August 1922 geregelt. Durch die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 und dem Kabinettsabluß über die Dienstzeit der Reichsbahnbeamten vom 14. Dezember 1923 hat sich die Rechtslage für das Personal außerordentlich verschlechtert. Die Eisenbahner stehen unter Ausnahmerecht und kämpfen deshalb unter erschwerten Bedingungen um die Aufrechterhaltung des Achtstundentages.

Das Reichsverkehrsministerium hat mit Schreiben vom 5. Januar die tarifvertraglichen Bestimmungen über die Arbeitszeit geändert und unter Berufung auf den Kabinettsabluß über die Arbeitszeit der Beamten den Eisenbahnerorganisationen Vorschläge für die Änderung der Dienstbauvorschriften zu gehen lassen. Die vorgeschlagenen Änderungen sind im wesentlichen folgende: Die planmäßige Arbeitszeit des Betriebs- und Verkehrspersonals soll in Zukunft im Durchschnitt a) bei „ununterbrochener besonders anstrengender Beschäftigung“ 8 Stunden täglich, 48 Stunden wöchentlich und 208 Stunden monatlich nicht überschreiten; b) „im übrigen soll die Arbeitszeit 10 Stunden an einem Arbeitstag“, 60 Stunden in der Woche und 200 Stunden im Monat nicht überschreiten. Die Höchstdauer der Dienstzeit soll von 15 auf 16 Stunden am Tage erhöht werden. Planmäßige Mehrleistungen sollen durch planmäßige Mehrleistungen innerhalb des Kalenderjahres ausgeglichen werden. Die Mindestruhezeiten von 8 oder 10 Stunden sollen beim Zugpersonal bis auf fünf, beim übrigen Personal bis auf sechs Stunden gekürzt werden. Außerdem soll die planmäßige Fahrzeit auf der Lokomotive von 8 auf 9 Stunden und unter bestimmten Voraussetzungen über 9 Stunden ohne Festlegung der Höchstgrenze ausgedehnt werden. Die Mitwirkung der Betriebsvertretungen soll eine wesentliche Verbesserung erfahren.

Bei den Verhandlungen am 7. Januar über die Dienstbauvorschriften erklärten die Vertreter der Gewerkschaften, daß sie unter keinen Umständen ihre Zustimmung zu einer verlängerten Arbeitszeit geben würden. Sie verlangten, daß die Verhandlungen ausgefesselt und zunächst über die geforderten Bestimmungen des Tarifvertrages verhandelt werden müßte. Diese Forderung wurde jedoch mit der Begründung abgelehnt, daß das Ministerium der Aufzählung sei, daß umgekehrt verfahren werden müsse. Es wurde außerdem betont, daß der Minister zu seinem lebhaftem Bedauern geneigt sei, auf die erhoffte und wiederholt erzielene Mitwirkung der Gewerkschaften zu verzichten. Er müßte die erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung des Kabinettsbeschlusses von sich aus treffen.

Die Eisenbahnerorganisationen haben beschlossen, den Spitzenorganisationen über den Stand der Verhandlungen Bericht zu erstatten und es diesen zu überlassen, die aus der Sache gebotenen Forderungen zu stellen. Die am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften wurden sodann vom Reichsverkehrsminister zum 15. Januar zu Verhandlungen über die geforderten Bestimmungen des Reichslohnvertrages eingeladen. Es wurde ihnen eine Bortage unterbreitet, wonach die regelmäßige Arbeitszeit ausschließlich der Pausen 10 Stunden an einem Tage oder 60 Stunden in der Woche nicht überschreiten darf.

Die Arbeitszeit der Arbeiter der Ausbesserungswerke, Haupt- und Nebenwerkstätten usw. soll auf 9 Stunden an einem Tage oder 54 Stunden in einer Woche erhöht werden. Die Arbeitszeit der Arbeiter der Bahnunterhaltung und der Hochleistungsanstalten soll ebenfalls 9 Stunden an einem Tage oder 54 Stunden in einer Woche betragen. Für die in der eigentlichen Bahnunterhaltung tätigen Arbeiter soll die Arbeitszeit zur wirtschaftlichen Ausnutzung des Tageslichtes in den einzelnen Jahren des Jahres verschieden bemessen werden können, so daß sich im Jahresdurchschnitt eine tägliche Arbeitszeit von 9 Stunden ergibt. Außerdem sollen die Pförtner, Wächter usw., bei denen bloße Arbeitsbereitschaft vorkommt (I), die Zeiten der Arbeitsbereitschaft nur bis zur Hälfte der Dauer auf die Arbeitszeit angerechnet werden. Die Dauer der Schicht darf jedoch nicht mehr als 12 Stunden an einem Tage oder 72 Stunden in der Woche betragen. Es wurde ferner mitgeteilt, daß nur für die Ausbesserungswerke, Haupt- und Nebenwerkstätten der Lohn nach Stunden bemessen werden soll, während für die übrigen Arbeiter Schichtlöhne eingeführt werden sollen, über deren Höhe nähere Mitteilungen noch nicht gemacht werden konnten.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat beschlossen, das Verhandlungsergebnis oder, falls ein solches, wie anzunehmen ist, nicht zustande kommt, das Diktat des Ministers den Verhandlungsmitteln zur Entscheidung vorzulegen. Die Eisenbahner werden zu entscheiden haben, ob sie den Achtstundentag durch Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels verteidigen oder ob sie sich vorläufig beugen und den Kampf um den Achtstundentag unter günstigeren Bedingungen aufnehmen wollen. Es ist zu erwarten, daß die Eisenbahner den Achtstundentag nicht kampflös preisgeben.

## Der Streik im rheinischen Braunkohlenrevier.

Aöln, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Grubenarbeiter im rheinischen Braunkohlenrevier haben am Montag früh, einem Beschluß ihrer Betriebsräte folgend, die Arbeit niedergelegt. Es arbeiten vorläufig nur noch zwei Werke. Auch die Kohlenarbeiter werden von den Streikenden verweigert. Die Ausständischen haben bei allen Werken Streikposten aufgestellt. Zu Zwischenfällen ist es bisher noch nicht gekommen.

Ueber die Dauer des Ausstandes läßt sich vorläufig noch nichts sagen. Unsicher ist jedoch die Haltung der Christlichen. Die Belegschaften, soweit sie im christlichen Bergarbeiterverband organisiert sind, stehen rückhaltlos auf Seiten der Streikenden. Sie sind auch, entgegen den Weisungen ihrer Zentrale, überall mit in den Streik eingetreten. Auf Krosowert Fortuna, das die Stadt Köln mit elektrischer Energie versorgt, wird der Betrieb notdürftig mit Beamten und von der britischen Militärbehörde requirierten Arbeitern aufrechterhalten, so daß die Stadt Köln vorläufig in ihrer Licht- und Kraftversorgung nicht gefährdet erscheint. Auch auf dem Rheinischen Elektrizitätswerk, das als größtes Kraftwerk im befestigten Gebiet das gesamte westdeutsche Industriegebiet mit Strom und Licht versorgt,

arbeiten 600 Arbeiter, die von der britischen Militärbehörde requiriert wurden.

Die Briten haben bei dieser Requisition ausdrücklich betont, daß sie nicht daran denken, sich in die Streitigkeiten und Verhandlungen über Lohn- und Arbeitszeit einzumischen, sondern daß sie nur darauf bedacht sind, die lebenswichtigen Bedürfnisse der Allgemeinheit zu sichern und die öffentliche Ruhe und Sicherheit aufrecht zu erhalten.

## POSTABONNENTEN

Wer auch im nächsten Monat Wert auf eine regelmäßige Zustellung des Vorwärts legt und eine Unterbrechung der Zustellung vermeiden möchte, muß die Erneuerung des Postbezuges sofort bei seinem zuständigen Postamt vornehmen. Bezugspreis für Februar 4 Goldmark

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

## Eine Paarung zwischen Kaninchen und Karpfen.

Im November des abgelaufenen Jahres unterlagen die Buchdrucker in ihrem Lohnkampf. Wie stets nach solchen Kämpfen, suchten auch bei dieser Gelegenheit die bekannten Kasierer auf, um nach Beute auszuspähen. Es bildete sich sofort eine gelbe „Organisation“, die sich hochtönend „Berufsverband nationaler Buchdrucker“ nannte und unter dem Protektorat des sojalkam bekannnten gelben Reichstagsabgeordneten Geißler stand. Natürlich fanden sich auch einige Berufsgenossen, die entweder am Kampfe sich nicht beteiligen wollten und deshalb ihren Ausschluß aus der Organisation befürchteten, oder aus Feigheit abtrünnig wurden. Unter kräftiger finanzieller Unterstützung des Unternehmertums gründete man als „Gebäude“ auch einen gelben Arbeitsnachweis, der den Berliner Buchdruckerbesitzern seine „äußerst tüchtigen Kräfte“ anbot. Das wurde auch gern angenommen, und es ging die Weisung der Unternehmerrichtung heraus, diesen ungeschicklichen Nachweis zu benutzen. Eine Anzahl leitender Männer der Berliner Buchdruckerunternehmer gingen auch sofort mit gutem Beispiel voran, so daß es in einigen Firmen schon wegen der Einstellung der „Gelben“ zu Konflikten kam. Da in Berlin zurzeit rund 5600 Buchdrucker arbeitslos sind, ist es verständlich, daß sich einige Gelben fanden, die sich gegen Zahlung von 20 Pf. Einschreibegeld eintragen ließen, um die versprochene „feste Stellung“ zu erhalten. Natürlich hat die Organisation alles getan, um auf gelegentlichen Wege und mit allen Mitteln diesen ungeschicklichen Arbeitsnachweis zu unterbinden.

Das Kuriosste bei der ganzen Sache aber ist die Zusammenfassung der leitenden Personen dieses „Nachweises“ sowie die politische Einstellung derselben und der Propagandisten für diese gelbe nationale „Organisation“. Die Leute waren bis zur Vornachweie die schärfsten Gegner der Buchdruckerorganisation und ihrer „reformistischen“ Gauleitung, der man oft (noch vor 2 Wochen) Schlappeiten den Unternehmern gegenüber und geradezu Arbeiterverrat vorwarf. Man spielte sich als Radikalist auf, verlangte Ablehnung aller Lohnabkommen, rnommierte ständig mit seiner kommunistischen Parteimitgliedschaft, berief sich stets auf die guten Beziehungen zur Betriebsrätezentrale in der Münzstraße, pufste ständig die Arbeitlosen gegen den Gewerkschaftsstand auf und beorderte sie nach den Tribünen der Generalversammlungen, um dort die bei den Lohnverhandlungen tätigen Kollegen und „reformistischen“ Redner niederbrüllen zu lassen. Und noch am 2. Januar überderte der jetzige „Hauptkassierer“ des nationalen Bundes, Hr. Saary, in der Generalversammlung den Gewerkschaftsstand an, weil er nicht gegen den gelben Nachweis gehen habe (weil unbekannt und eigentlich noch nicht existierende), bei dem jedoch vier Tage später derselbe Herr Saary als eifrigster Agitator und wohlbestallter Angestellter auftrat!

Eine nette Paarung, die „kommunistischen“ Agitatoren und die „nationalen“ Basallen des gelben Herrn Geißler! Sie sind einander wert, und die Arbeiterschaft wird an diesem Beispiel erkennen, welchen Wert die Oppositionsreden so mancher radikalen Phrasenbeiden haben und was aus ihnen wird, wenn das von ihnen so „scharf bekämpfte“ Kapital ihnen einen Pfah an der Futtermilch anbietet — Verräter an ihren Klassen Genossen!

## Schiedspruch in der Holzindustrie.

Am gestrigen Montag wurde vor dem Schlichtungsausschuss unter Vorsitz des Herrn Gewerkschaftsrats Körner ein Schiedspruch gefällt, welcher eine erhebliche Lohnreduzierung bringt. Für die Zeit vom 1. Januar bis 19. Januar soll nach dem Spruch eine tarifliche Vereinbarung ausgefallen bleiben. Für die Woche vom 20. bis 26. Januar pro Stunde 60 Pf., vom 27. Januar bis 2. Februar 58 Pf., vom 3. bis 9. Februar 56 Pf. Die Kollegen werden ersucht, in den Betrieben hierzu Stellung zu nehmen, damit die Funktionäre der heute abend stattfindenden Funktionärerversammlung bei Altem, Dosenheide, entsprechende Richtlinien haben. Die Ortsverwaltung.

## Achtung, Ristenmacher!

In einer Verhandlung vor Herrn Gewerkschaftsrat Körner ist gestern folgende Vereinbarung getroffen worden: Für die Zeit vom 12. Januar bis 1. Februar ist der Lohn für Maschinenarbeiter 60 Pf., für Ristenmacher 58 Pf.; vom 2. bis 15. Februar für Maschinenarbeiter 58 Pf., für Ristenmacher 56 Pf. Für Hilfsarbeiter und andere Gruppen gilt bis zum 18. Januar die bisher übliche gemessene Schichtberechnung. Für die fernere Zeit sollen spätestens am 23. Januar die Lohnsätze festgelegt werden. Findet eine Einigung nicht statt, so wird am Freitag, den 25. Januar, vor dem Schlichter weiter getagt. In den Betrieben, in denen die Arbeit niedergelegt wurde, wird am 22. Januar, also heute, die Arbeit wieder aufgenommen. Maßregelungen finden beiderseitig nicht statt. Die Ortsverwaltung.

## Streit um den Lohn der Friseurgehilfen.

Für das Berliner Friseurgewerbe besteht ein für verbindlich erklärter Tarifvertrag, nach welchem der Wochenlohn 50 Proz. des Friedenlohnes multipliziert mit dem 80fachen Index der Lohnwoche beträgt. Da bis Ende des vorigen Jahres die Lohnwoche der Friseure von Donnerstag bis Donnerstag lief und der Wochenlohn am Donnerstagsabend ausgezahlt wurde, so war Streit darüber entstanden, welcher Index der Berechnung zugrunde gelegt werden muß. Die Gehilfen verlangten die Berechnung

nach dem Index, der vor dem Donnerstagsabend veröffentlicht wird, wo der Lohn fällig ist. Die Arbeitgeber dagegen rechneten nach dem am Donnerstagsabend der Lohnwoche herausgegebenen Index. Das Gewerbegericht hat die Auffassung der Gehilfen als berechtigt anerkannt und mehreren Klägern, die nach der Auffassung der Arbeitgeber entlohnt worden sind, die rückständige Lohn Differenz zugesprochen.

Gehilfen, die nach der Berechnung der Arbeitgeber entlohnt worden sind und ihre Mehransprüche bisher nicht geltend gemacht haben — es wird viele solcher Fälle geben — können das mit Hinweis auf den Rechtsstandpunkt des Gewerbegerichts tun. Das gilt aber nur für diejenigen Arbeitnehmer, die dem Arbeitnehmerverband des Friseurgewerbes angehören, denn nur für diese ist der Tarifvertrag verbindlich.

## Der Herr Inspektor als — Betriebsrat.

Eine eigenartige Auffassung von den Aufgaben eines Betriebsrates hat der Herr Inspektor des Bethanien-Krankenhauses. Obgleich dieser Herr das Recht hat, Einstellungen und Entlassungen vorzunehmen, hält er es nicht für notwendig, sein Amt als Betriebsrat niederzulegen. Man stelle sich vor, der Herr Inspektor entläßt einen Arbeitnehmer, verhandelt mit sich selbst darüber und ringt sich dann, natürlich nach heftigen Seelenkämpfen, dazu durch, sich selbst die Zustimmung zu geben. Bei den Tarifverhandlungen mit dem Kartell der privaten und gemeinnützigen Anstalten sibt Betriebsratsvorsitzender Langhe auf der Seite der Arbeitgeber und seilt sich mit den Organisationsvertretern über die Löhne, die den Arbeitnehmern, deren gesetzlicher Vertreter er ist, gezahlt werden sollen. Von den Gewerkschaftsvertretern wiederholt auf das Unlaubere und Ungeheuliche seines Verhaltens aufmerksam gemacht, erklärte Inspektor Langhe: „Ich bin nicht bereit, den gesetzlichen Schutz, den ich als Betriebsrat habe, preiszugeben. Deshalb lege ich mein Amt nicht nieder.“ — Ein Idealist, der Herr Betriebsratsvorsitzende, Inspektor Langhe! Hoffentlich genügt dieser Hinweis in die Öffentlichkeit, die Arbeitnehmer des Bethanien-Krankenhauses vor ihrem „Interessenvertreter“ zu schützen. Wenn nicht, dann wird man andere Wege gehen müssen.

## „Zum Kapitel Terrorismus“.

Zu der mit dieser Ueberschrift versehenen Notiz in Nr. 30 des „Vorwärts“ erhielten wir vom Arbeiter- und Angestelltenrat des Engelhardt-Konzerns folgende Berichtigung:

„Es ist unrichtig, daß die Engelhardt-Brauerei gegen die Schulknecht-Bahenhofer-Brauerei wegen Verletzung des Arbeitgeberstatus in bezug auf die Belieferung von Lebensmitteln an Arbeiter und Angestellte eine Klage eingeleitet oder vorangetrieben haben soll.“

Wir haben festgestellt, daß die Engelhardt-Brauerei bisher einen berechtigten Schritt nicht unternommen hat und auch nicht unternommen wird und müssen im Gegenteil betonen, daß die Direktion der Engelhardt-Brauerei bisher in jeder Weise der Arbeiter- und Angestelltenrat in der Belieferung von Lebensmitteln zur Seite gestanden hat. Ebenso fand die Arbeitnehmervertretung bei ihren dahingehenden Wünschen das beste Verständnis und die vollste Unterstützung bei der Direktion.“

Es wäre überaus bedauerlich, wenn Arbeiter- und Angestelltenräte sich irgendwie Konkurrenzwecken ihrer Betriebe dienstbar machen. Jedemfalls dürfen keine Anschuldigungen erhoben werden, die etwa auf Vermutungen anstatt auf nachweisbare Tatsachen beruhen.

Abwehrkampf in den Berliner Darmgeschäften. Am Sonnabend legten die Belegschaften der Darmgeschäfte Groß-Berlins die Arbeit geschlossen nieder. Es kommen circa 500 Personen, in der Mehrzahl Frauen, in Betracht. Die Unternehmer wollen die sozialen Bestimmungen des § 616 des BGB. (Lohnschutz infolge von Krankheit usw.) aus dem Tarif entfernt haben. Der Wochenlohn soll in Stundenlohn umgewandelt werden. Es gibt in Deutschland keine Stadt, wo in dieser Branche Stundenlöhne gezahlt werden, oder wo man den Belegschaften die Zustimmung macht, die sozialen Bestimmungen im Tarifvertrag preiszugeben.

Achtung! Metallarbeiter! Die Aufstellung der Listen von den Mitgliedern, welche anlässlich der Bewegung vom Anfang Januar 1924 auf der Streide geblieben sind, sind geschlossen worden und können nachgehender nicht mehr berücksichtigt werden. Alle Anfragen an unser Bureau, die diese Angelegenheit betreffen, bleiben unbeantwortet. Deutscher Metallarbeiterverband.

Bräuführer Holzarbeiterverband, Möbel- und Holzindustrie: Arbeitervereine, die Betriebsratsmitgliedervermittlung aller in der Metallindustrie und in den Betriebsbetrieben beschäftigten Kollegen am Mittwoch abend 7 Uhr bei Ball, Flugplatz 5. Die Betriebsräte der Metallindustrie werden ersucht, die Mitgliedschaft ihrer Betriebe darauf aufmerksam zu machen. Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter, Solanerie- und Holzverarbeiter: Donnerstag nachmittags 4 1/2 Uhr im Großhändler Vereinhaus, Hennings, Alexanderstr. 44, Brauereiverammlung. Wichtige Tagesordnung, welche durch Zirkular mitgeteilt wurde. In demselben Saal abends 7 1/2 Uhr Funktionärerversammlung der Betriebsräte aus den Kartonnagenbetrieben. Zutritt zu beiden Versammlungen nur für unsere Mitglieder unter Vorweisung des Mitgliedsbuches. Die 2. Woche muß gefehlt sein. Um vollständiges und pünktliches Erscheinen ersucht die Ortsverwaltung.

## Aus der Partei.

### Hilfsaktion der finnischen Genossen.

Aus Helsinki wird uns geschrieben: Der sozialdemokratische Parteirat hat in seiner letzten Sitzung das Rundschreiben des Internationalen Sozialistischen Sekretariats betreffs Unterstützung der deutschen Bruderpartei erörtert und den Beschluß gefasst, die Organisationen aufzufordern, auf jede zweckdienliche Art Gelder zu sammeln und sie durch Vermittlung des Parteivorstandes den deutschen Genossen zu überweisen. Der sozialdemokratische Frauenverband Finnlands hat für diesen Zweck bereits einen besonderen Aufruf veröffentlicht.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Helmut Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: H. Götzen; Revolution: K. A. Döhrer; Solales und Sonstiges: Fritz Korfholz; Anzeigen: Th. Glade; Anstalt in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 61, Lindenstraße 2, Hieron 1 Verlags.

Koch & Seeland  
führon die besten Fabrikate  
in Herren- und Damen-Stoffen, Kammergarn,  
Gabardine Str. 8., 12., 16.,  
Seestraße 20/21 Segn. 1893

WELTBEKANNTE  
BATSCHARI  
QUALITÄTSMARKEN

NEUE  
ABC

Fiat  
White Star  
Eden

# Die preußische Goldmiete.

Wie bereits kurz berichtet, geht Preußen infolge der Verzögerung der reichsgesetzlichen Mietenregelung zunächst selbständig in der Mietensatzsetzung vor und führt vom 1. Februar ab im wesentlichen die Goldrechnung auf Grundlage der Friedensmiete ein. — Vorweg sei bemerkt, daß das Reichsmietengesetz bei dieser Neuregelung ebenso unangetastet bleibt, wie die preußische Ausführungsverordnung zu diesem Gesetz vom 4. August 1923; jedoch fallen die monatlich wechselnden örtlichen Mietensatzsetzungen im wesentlichen fort. Die Neuregelung gilt zwangsläufig für ganz Preußen; es bedarf zu ihrer Wirksamkeit nur der amtlichen Veröffentlichung, die für Berlin kurz bevorsteht. Eine Beeinflussung der örtlichen Mietensatzsetzungen durch die Vermieter- und Mieterorganisationen ist künftig nur noch in zwei Punkten möglich: einmal hinsichtlich der Festsetzung der gesetzlichen Untermiete, die den Gemeindebehörden auch für die Zukunft überlassen bleibt, zum anderen hinsichtlich der Anordnung, ob der Vermieter oder der Mieter die sog. Schönheitsvorrichtungen zu bewirken hat. Fallen die Kosten dieser Reparaturen (Tapetieren, Anstreichen oder Kalten der Wände und Decken, Streichen der Fußböden, Türen und Fenster in den Mieträumen) dem Mieter zur Last, so ermäßigt sich der Instandsetzungszuschlag entsprechend.

## Die Grundmiete

(Kapitalzins, Rente) wird wie bisher berechnet und in Papiermark gezahlt, so daß ihr Betrag derart gering ist, daß ihre Einziehung wie in den Vormonaten mangels so kleinen Papiergeldes praktisch nicht möglich ist. Damit kommt die Tatsache zur Geltung, daß der Kapitalzins bei der Miete infolge der Geldentwertung überhaupt nicht mehr in Betracht kommt, solange nicht eine Aufwertung der Einpöschelorderungen erfolgt ist. Ueber diese für die künftige Mietpreisentwicklung außerordentlich bedeutungsvolle Frage hat das Reichskabinett noch nicht beschlossen. Kommt auch nur eine teilweise Aufwertung zustande, so müssen die Mieter aus ihrem Arbeitseinkommen die entsprechenden Zinsen aufbringen, eine wenig erfreuliche Aussicht in einer Zeit größter Arbeitslosigkeit und stark verminderten Arbeitseinkommens. Ueber diese Frage ist aber noch nicht das letzte Wort gesprochen. Am 1. Februar kommt jedenfalls die tatsächliche Zahlung einer Grundmiete nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge nicht in Frage.

## Die Zuschläge.

Die Goldmarkrechnung kommt dagegen bei den Zuschlägen voll zur Auswirkung. Die Zuschläge sind für ganz Preußen gleichmäßig in Hundertteilen der Friedensmiete auf Goldmarkbasis festgesetzt worden. Auch die Betriebskosten, die bisher einzeln umgelegt wurden, werden vom 1. Februar ab mit einem bestimmten festen Satz bezahlt. Die Zuschläge betragen:

- 1. für Verwaltungskosten, Zinssteigerung und Steigerung der Kosten für die Erneuerung der Grundstückebelastung 5 Proz.
  - 2. für die Kosten der laufenden Instandsetzungsarbeiten einschl. der Schönheitsreparaturen . . . . . 10
  - 3. für die Betriebskosten . . . . . 15
- zusammen 30 Proz.

Da aber in Berlin die Schönheitsreparaturen von dem Zuschläge ausgenommen sind und der Mieter obliegen, so ermäßigt sich der Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten um 4 Proz. auf 6 Proz., so daß in Berlin insgesamt nur 26 Proz. Zuschlag zur Friedensmiete im voraus zu zahlen sind. Bei 20 M. monatlicher Friedensmiete in einem einfachen Hause sind demnach 5,20 M. Monatsmiete am 1. Februar zu zahlen. In Häusern mit besonderen Einrichtungen oder mit Nebenleistungen sind von der Friedensmiete vor der Berechnung der Zuschläge in Abzug zu bringen: 9 Proz. für Sammelheizung, 3 Proz. für Warmwasser-Versorgung, 2 Proz. für Fahrstuhlbenutzung, 2 Proz. für Spiegelglasversicherung und 2 Proz. für Lieferung von Wasserstoff, Elektrizität, Dampf, Preshluft u. dgl. Neu eingeführt wird eine

(Nachdruck durch Wallf-Verlag, Berlin.)

# Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

Mitten in das stürmische Gefächter hinein fragte Jürgen zögernd: „Drückt dich auch alles so? Ich meine, deinetwegen und auch wegen der anderen. Das ganze Leben, so wie es ist?“

„Bedenke, gebete, ham je nicht!“

„Unsin! Ich bitte dich, was soll denn drücken! Der Kragen, der Schuh drückt!“ Er streckte den Fuß vor: „Wirklich, beinahe jeder angemessene Schuh drückt. Aber elegant, was? Uebtrigens, ich spize einmal hinauf. Warte du hier.“

Da drehte Jürgen sich elegantenlangsam und ging davon, bis zu der Ansammlung waldblaubehangener Sonntagsausflügler, Kleinbürgerfamilien, Ladenmädchen mit ihren Freunden, die, verstaubt, verschwißt und grün, stillgeworden unter der zischenden Bogenlampe standen und den Anblick eines Mannes auf sich wirken ließen.

Der lag, Augen geschlossen, schwer atmend, Schaum auf den Lippen, langgestreckt im Staub, vor einem Bankhaufe, auf dessen Schaufenster erhabene Goldbuchstaben verkündeten: Kapital und Goldreserven 500 Millionen.

Der Kleinbürger mit dem Ziegenbart sagte energisch: „Epileptischer Anfall! Man muß die Daumen herausziehen. Dann vergeht der Anfall.“

Sofort streifte der Mann mit einem blühschnellen Blick die über ihn gebeugten Gesichter und richtete sich, von zehn Armen unterstützt, fühlings auf, ließ den Kopf hängen: „Das macht alles nur das Elend. Ich wollte mit der Straßenbahn fahren, hatte aber das Nötige nicht. Alles nur das Elend! Jürgen wurde von Ekel gepackt. Er simuliert, dachte er und stieß brutal durch den Kreis.

Ein Erlebnis aus seiner frühen Jugend stieg auf. Auch damals lag auf dem Pflaster ein Mann: jung, mit eleganter, blutiger Wäsche, strenggezügeln, großhaarigen Hosen, Brillantringe an den Fingern und Schaum auf den Lippen. Die seidene Weste ist aufgerissen, die Brust freigelegt.

Bei dem war der Schaum blutrot. Die offenen Augen starrten gläsern. Das war echt und entschuldig; der vorhin hat simuliert. . . . Aber wie furchtbar muß es ihm ergangen sein, bis er sich entschloß, so schamlos Theater zu spielen, sich demachen zu demütigen vor den vielen Menschen. . . . Es wird ja vollkommen gleichgültig, ob seine Krankheit echt oder nur simuliert war; im Gegenteil, es ist unendlich viel graven-

## Nachschußpflicht für Betriebskosten

für den Fall, daß der Vermieter in einem Monat mit den 15 Proz. nicht auskommt. Ersparni der Vermieter in einem Monat etwas von den 15 Proz., so muß er den Ueberschuß auf den nächsten Monat vortragen. Hat der Vermieter eine Zahlung für einen größeren Zeitraum zu leisten, so muß er den Betrag auf die einzelnen Monate, für welche die Zahlung gilt, verteilen und darf in jedem einzelnen Monat nur den entsprechenden Bruchteil anrechnen. Ergibt sich nach Verbrauch der 15 Proz. ein Fehlbetrag, so kann der Vermieter diesen nach dem Verhältnis der Grundmieten umlegen, jedoch nur bis zur Höhe von 3 Proz. der Friedensmiete und nur dann, wenn er den Mietern oder der Mietervertretung den Nachweis der Unterbilanz geführt hat. Für die Verwendung des Instandsetzungszuschlages bleibt der Vermieter gleichfalls nachschußpflichtig. In der Zeit vom 1. bis zum 10. Februar kann der Mieter oder die Mietervertretung die Vorlegung der Abrechnung für das Halbjahr Juli/September verlangen. Die Nachprüfung ist diesmal durch die Geldentwertung allerdings außerordentlich erschwert. Die Sälzstammern beim Mieteneinigungsamt bleiben gleichfalls bestehen und können vom Mieter angerufen werden, wenn der Vermieter die Instandsetzungsgelder nicht sachgemäß oder nur zum Teil verwendet oder notwendige laufende Instandsetzungsarbeiten nicht ausgeführt hat. Für große Instandsetzungsarbeiten kann das Mieteneinigungsamt künftig auf Antrag des Vermieters einen Zuschlag von weiteren 3 Proz. der Friedensmiete festsetzen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind.

## Bürgermeister Ritters Bestattung.

### Die Beisetzung auf dem Gemeindefriedhof Friedrichsfelde.

Nach der Trauerumgebung im Stadthaus (über die wir im gestrigen Abendblatt berichteten) wurde die Beise unseres Genossen Adolf Ritter auf den Gemeindefriedhof Friedrichsfelde hinausgeführt. Auf dem Wege durch Berlin-Mit waren die Straßen gefüllt von zahlreichen Personen, die den Trauerzug prüßten. Der Männerchor „Typographia“, der auch bei der Feier im Stadthaus mitgewirkt hatte, empfing auf dem Friedhof den eintreffenden Zug mit Gesang. Oberbürgermeister Böß geleitete die Gattin des Verstorbenen an die Gruft. „Ein Sohn des Volkes will ich sein und bleiben!“ rang es über die Gräber, als der Sarg eingekerkert wurde. Die im Zuge mitgeführten Kränze wurden mit kurzen Widmungen niedergelegt. Die Kranzpende des Magistrats überbrachte Oberbürgermeister Böß. Für den Deutschen Bekleidungsarbeiterverband legte Genosse Petteil einen Kranz nieder. In Abschiedsworten für Ritter erinnerte er an die Zeit, wo Ritter in die Gewerkschaftsbewegung eintrat. Demals erforderte es sehr viel Mut und Opferfreudigkeit, den Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse zu führen. Ritter widmete später seine Arbeitskraft dem Gebiet der Kommunalverwaltung, aber seiner Gewerkschaft blieb er ein treuer Berater. In den Reihen, aus denen er hervorgegangen ist, wird Ritter nicht vergessen werden. Genosse Künstler überbrachte die Kränze des Vorstandes der sozialdemokratischen Gesamtpartei und des Vorstandes der sozialdemokratischen Parteiorganisation Groß-Berlin. Er gedachte der opferfreudigen treuen Arbeit Ritters im Dienst des Proletariats. Kranzpenden wurden noch niedergelegt durch Vertreter der Gewerkschaftskommission und mehrerer Gewerkschaften, des Krankenunterstützungsbundes der Schneider, des 1. Kreises und der 3. Abteilung der Sozialdemokratischen Parteiorganisation Groß-Berlin, der sozialdemokratischen Stadivorderordenfraktion, des Gesamtbetriebsrates der Stadt, des Werbeausschusses der sozialdemokratischen Beamten, der Parteigenossen bei der Feuerwehr, der Konsumgenossenschaft, des Verlages und der Redaktion des „Vorwärts“.

Der Ankauf von Reichsbankmünzen durch die Reichsbank erfolgt bis auf weiteres zum 400 Milliardenfachen Papiermarkbeitrag des Nennwertes. Ueber den Ankaufspreis der Reichsbank für Gold erteilen sämtliche Reichsbankanstalten bereitwillig Auskunft.

## Kinderelend und Schulnot.

### Eine Protestversammlung gegen den Abbau im Schulwesen.

Die vom Bund entschiedener Schulreformer am Sonntag in Berlin veranstaltete öffentliche Versammlung zum Protest gegen den Schulabbau war gut besucht. An der Kundgebung beteiligten sich Eltern, Lehrer und besonders viele Jugendliche; Behörden schienen keine Vertreter entsandt zu haben.

Als Leiter der Versammlung wies Prof. Paul Deßreich in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, daß im Schulwesen der Abbau die verhängnisvollsten Folgen haben muß. Das neue Leben, das die entschiedenen Schulreformer unseren Schulen geben wollen, werde durch die Spar- und Abbaumassnahmen, unter anderem durch Entlassungen gerade der jungen Lehrer, vernichtet. Lehrerin Käthe Feuerkaf schilderte die wirtschaftliche Bedrängnis vieler Familien und die aus dieser Not sich ergebende Erschwerung pädagogischer Einwirkung auf die Jugend. Die Familie könne nicht durch die bisherige Schule ersetzt werden, sondern nur durch eine neue Schule, die dem Kind zur Lebensgemeinschaft wird. Diese Lebensgemeinschaften, die auch die ganze bisher von der Familie getragenen wirtschaftlichen Lasten übernehmen sollen, seien bei einem Schulabbau unmöglich. Das Referat des Landgerichtsrats Dr. Gerhard Danziger streifte einleitend die unter dem Zeichen des Abbaues durch bloße Verordnung vollzogene neueste „Justizreform“, die an den Grundlagen des Rechtslebens rüttelt. Er fürchtete, daß ein Schulabbau sich in einer Zunahme der Kriminalität Jugendlicher auswirken werde. Vom Schulabbau, der die Klassenfrequenz steigert, den Lehrer überlastet, Erziehungsarbeit der Schule fast unmöglich macht, führe ein direkter Weg in die Säle von Raubrit und in die Zellen der Jugendgefängnisse. Die Ärztin Dr. Flatau zeichnete ein grauenvolles Bild des Kinderelends in Berlin. Manche Schulkinder haben kein Hemd mehr auf dem Leibe, bei vielen muß der unterjüngende Arzt einen entsetzenden Körperverfall feststellen, den die langdauernde Unterernährung verursacht hat, einzelne Kinder aber hindert noch Scham, sich zur unentgeltlichen Speisung zu melden. Die erschütternde Not eines hoffnungslos verzweifelnden Mädchens wurde erst voll erkannt, als andere Mädchen dem Lehrer berichteten, diese Schülerin sage so oft, sie möchte sterben. Der Vater war seit vielen Monaten arbeitslos, und das Kind konnte auf Befragen sich nicht erinnern, wann es zum letztenmal warmes Essen erhalten hatte. Es gibt Familien, die ihre dumpfsten Wohnungen nur heizen können, wenn jemand Kohlen schenkt. In der ungeheizten Stube bleibt für die Friedenden das Bett der einzige vor Kälte notdürftig schützende Schlafwinkel, in den sie schon am Tage sich verkriechen. Die Folgen dieser Weiden durch Hunger, Kälte und Schmutz sind Zunahme der Säuglingssterblichkeit, der Tuberkulose und anderer Krankheiten bei Schulkindern. Im Zusammenhang mit der körperlichen Verkommenheit steht die seelische Abgestumptheit, die sich bei den unglücklichen Kindern bemerkbar macht und ihre Entwicklung hemmt. Lehrer Hermann Kölling schilderte, wie schon jetzt die Schule unter den überall in ihr zutage tretenden Mängeln leidet. Kommt dazu noch Erhöhung der Klassenfrequenzen, dann können die Schulreformer den Gedanken der Arbeitsschule zu Grabe tragen. Studienrat Dr. Heinrich Müller rief auch für die höheren Schulen zum Kampf gegen den gefährlichen Abbau auf. Oberlehrerin Lydia Stöcker forderte, daß der Schule die Junglehrerschaft erhalten bleibt. Auch in der Ausschließung der verbeirateten Lehrerin sieht sie einen Verlust für die Schule. Oberstudiendirektor Dr. Goldbeck erhob Einspruch dagegen, daß über das Wohl der Schule die Rücksicht auf die Finanzen entscheide. Wir wollen, schloß er, der Jugend einen Tempel bauen und duden nicht, daß man sein Fundament zerstören will.

Einstimmig wurde eine Entschließung im Sinne der Referate angenommen. Sie fordert von Regierung, Behörden und Parlamenten, zu begreifen, daß die Jugend nicht mit bürokratischen Betrieben oder mit Sachgüterwirtschaft gleichgestellt werden kann. Sie verurteilt den Schulabbau, verlangt Neubau des Bildungswesens und nennt als besten Weg zur Aufbringung der Mittel die Einführung einer gerecht gestaffelten Schulsteuer.

Am Sonnabend hatte die Berliner Ortsgruppe des Allgemeinen deutschen Lehrerinnenvereins in einer von Lehrerinnen und Eltern stark besuchten Versammlung die Gefahren

voller, daß er nur simuliert. Denn wie muß es ihm ergangen sein.

Bestürzt über seine Gedankenlosigkeit, rampte er zurück. Der Platz war leer, die Bogenlampe zischte nicht mehr, leuchtete ruhig und weiß. Jürgen lief umher, suchte vergebens, stand wieder vor dem Bankhaufe und sah die erhabenen Buchstaben an. Deutlich sah er den Bettler liegen.

„Beim Sang der Nachtigallen  
Ist Urseichen gefallen.  
Wohl über große Steine?“

Schallte der Gesang vom Klubzimmer herunter.  
„Rein über, nein unter Karlsheims Beine!“  
„Und darin geht man vorüber, hinauf in den Klub, und singt so ein Lied. Wie furchtbar! . . . Nun, und jetzt?“  
fragte Jürgen, ging weiter. „Ist wieder etwas dazu gekommen, zu allem anderen? . . . Man muß unausgeseht wach sein, bis man zu etwas Schlichem gar nicht mehr fähig ist.“  
Das war ein Gelübde.

Da hatte er einen Gedanken, der ihn so erleichterte, daß er, obwohl es Sonntag und zehn Uhr abends war, die Hausglocke des Ladiermeisters zog.  
„Gewiß, Sie haben recht. Es hätte selbstverständlich auch bis morgen Zeit gehabt; aber ich ging gerade hier vorbei.“

„Also, was für eine Tafel soll ich denn schreiben?“  
„Betteln gestattet“, geht nicht, dachte Jürgen. „Betteln erwünscht“, geht auch nicht. „Schreiben Sie — auf eine hübsche Tafel: „Hier wird Armen gegeben.““  
„Und die willst du wirklich aufhängen? Du wirst dich wundern, mein Junge.“  
„Nein, die anderen werden sich wundern.“  
„Das wird wahr sein! Nun, also wie denn? . . . Weißt du schwarz? Oder schwarz auf weiß? Man kann auch etwas Farbiges machen. Oder Goldschrift?“  
„Bisshelcht Gold auf schwarz?“  
„Schön. Macht sich gut. . . . Hier wird Armen gegeben“, nicht wahr? Mein Gott, so einen Unsinn hab ich auch noch nie geschrieben, kannst du mir glauben.“

Mit Hilfe des Dienstmädchens nagelte Jürgen die Tafel am Gartengaum fest, an der Rückseite des Hauses, wo die Tante selten hinkam, und gab dem Dienstmädchen Geld.  
„Wird das für einen Monat reichen?“  
Die goldenen Worte „Hier wird Armen gegeben“ glänzten schön. Darunter hatte Jürgen einen Zettel geklebt, auf dem stand „Zwischen neun und elf Uhr vormittags“. Das war die Zeit, während der die Tante täglich in der Kirche sah.

In Gliedern und Gelenken unbeherricht wie ein junger Hund, langgeworden und immer so unruhigvoller Eile, daß der vorüberhängende Körper einen schlotternden spitzen Winkel zum Boden bildete, stolperte Jürgen in die Jünglingstage, in seinen siebzehnten Frühling hinein, fragenden Blickes beständig und vergebens in sich selbst und bei der Umwelt suchend nach der erfordernden Antwort.

Wainwind und Spiellust wehten gepflegten, langbeinigen Mädchen, die im öffentlichen Park ihren Reifen nachjagten, die Röcke bis zum Kinn. Seidenblauer Frühlingshimmel war über Tulpen- und Hyazinthenbeete, billardglatte Rasenflächen und knospende Baumkronen gespannt. Alte Gouvernanten sahen rosig aus.

Unschlüssig, ob er, wie auf dem Wege hierher, ziellos weiter ellen oder verweisen solle, blühte Jürgen sich um, sog den Blumenduft ein. Wind schüttelte die langen, stürzischen Jotteln. Einige Male mußte er sie aus der Stirn streifen, um die fünfzehnjährige, in den Schuljahren noch edige Katharina — Tochter des Universitätsprofessors Lenz — betrachten zu können, die, sichtbar vom Leben schon gezeichnet, fremden Blickes die jubelnden Kinder beobachtete, bis sie Jürgen unmerklich den Blick wendete. Da sah sie erst in den Teich, wo alte Karpfen und armlange Goldfische aus den Schlinggewächsen langsam zur Wasseroberfläche zogen, langsam wieder in die Tiefe, und las dann weiter in dem Buch.

Die schenkeldicke Fontäne überholte unaufhörlich sich selbst. Die Himmelsbläue über ihr sprang mit.

Mit gemachtem Interesse betrachtete Jürgen Bäume, Teich, Fontäne und umkreiste dabei in immer kleiner werdendem Abstand die Leende, deren ganzer Körper, obwohl sie reglos saß, sichtbar spröder wurde, je näher Jürgen kam.

Unvermittelt und aus noch fünf Schritt Entfernung: „Das sind Karpfen, richtige Karpfen. Man kann sie essen.“ Unheimlich dumm, daß ich das sagte, dachte er und legte sich.

Sie las weiter, das Gesicht interessiert schief gestellt zur Buchseite.  
Da traf sein ratlos bittender Blick zusammen mit ihrem, in dem frühzeitige Bewußtheit noch mit Mädchenstehen zu kämpfen hatte.  
Als ob diese dunkle Last der Bewußtheit, die wie das zukünftige Ich in ihrem Blick stand, losgepalten von der lieblichen Kindlichkeit, mit der sie den Kopf über die Knie hinunterzupfte, in Jürgen das Gefühl erschloffen hätte, ihr schicksalserwandelt zu sein, empfand er das eritemal in seinem Leben ganz plötzlich rückhaltloses Vertrauen. Dies kam mehr in Blick und Ton zum Ausdruck, als in seinen Worten.  
(Fortsetzung folgt.)





